

Die Grünen: einmaliges Wahlrisiko oder soziale Bewegung?

Dr. Horst-Dieter Rönsch, geb. 1944, Studium am Otto-Suhr-Institut, Freie Universität Berlin, Wiss. Assistent an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld; Arbeiten über internationale Beziehungen, zum Wertwandel und Wahlverhalten.

Die Problemlage

Das Problem, das sich mit dem Aufkommen der Grünen und Bunten Listen für die bundesrepublikanische Gesellschaft und damit natürlich auch für die Gewerkschaftsbewegung stellt, ist nur oberflächlich eines der Wahlarithmetik oder der wei-

teren organisatorischen Entwicklung der grünen Partei¹. Dies sollte vorweg angemerkt werden, um dem Eindruck entgegenzuwirken, als seien die aufgrund der letzten Landtagswahl-Ergebnisse und der Spaltungstendenzen wieder reduzierten Aussichten der Grünen für den 5. Oktober der Anfang vom Ende einer Einthemen-Bewegung, die zudem angesichts der einem „ökologischen Luxus“ feindlichen wirtschaftlichen Probleme der achtziger Jahre nur noch zu Rückzugsgefechten in der Lage sein werde. Eine auf die aktuellen Wahlaussichten beschränkte Betrachtungsweise würde aber in zweierlei Weise über den unsichtbaren Teil des „grünen Eisbergs“ hinwegtäuschen und kurzfristige über die langfristigen Gesichtspunkte stellen: Die alleinige Konzentration auf das heute in Bürgerinitiativen und bei den Grünen engagierte Personal lenkt von der Komplexität und Dauerhaftigkeit der sie tragenden Milieus und sozialstrukturellen Veränderungen ab. Eine Reduzierung auf das Problem Ökologie gegen Ökonomie verdeckt den Blick auf die zugrunde liegenden gesellschaftlichen Konfliktlinien im Ideologie- und Wertebereich. Dies gilt z. T. auch für die Auseinandersetzung des DGB mit den Grünen, in der einerseits das Spannungsverhältnis zwischen vermehrtem Umweltschutz bzw. reduziertem Wachstum und der Arbeitsplatzsicherheit im Vordergrund steht, andererseits darauf hingewiesen wird, daß es gerade die Privilegierten in der Gesellschaft sind, die Askese predigen.

In der Tat zeigen die Wahlergebnisse, daß die Grünen und Bunten in bürgerlichen Wohngebieten ihre größten Wahlerfolge erzielen, und alle demoskopischen Befunde deuten darauf hin, daß der Umweltschutz als politisches Ziel im wesentlichen von den Befragten mit mittleren und höheren Bildungsabschlüssen getragen wird. Dies ergibt scheinbar klare politische Fronten: die Gewerkschaftsbewegung als Vertreterin der in dieser Gesellschaft ohnehin Benachteiligten gegen eine Bewegung, die nicht nur außerhalb der Arbeiterschaft und der Schicht der einfachen bis mittleren Angestellten zu stehen, sondern auch mit ihren Forderungen das Wachstum zu gefährden scheint, das - da sich eine echte Umverteilung der gesellschaftlichen Besitzstände als unmöglich herausgestellt hat - die einzige Hoffnung auf ein Nachziehen in bezug auf den Lebensstandard bleibt.

Die Sache erweist sich allerdings als komplizierter: Zum ideologischen Arsenal der Bunten und Grünen gehört nicht nur, daß mit der gewerkschaftlichen Forderung nach mehr „Lebensqualität“ auch gegen die vermeintlichen Sachzwänge und über gewisse Systemgrenzen hinaus Ernst gemacht werden soll, sondern z. B. in bezug auf Partizipation auch altes sozialdemokratisches Gedankengut. Und: Wengleich weder Arbeitslose noch organisierte Facharbeiter zum Kernbereich der Grünen und Bunten zählen, gehören zu ihrer Anhänger- und Wählerschaft doch auch (vor allem junge) Arbeiter. Bezogen auf die Gewerkschaftsbewegung heißt dies aber: der

¹ Vgl. vom Verf., Die Wählerbasis der Grünen - Sozialstruktur und Einstellungen, in: Lutz Mez/Ulf Wolter (Hg.), Die Qual der Wahl, Berlin 1980, S. 32-53.

„Gegner“ steht ihr sowohl ideologisch als auch von der Anhängerschaft in mancher Hinsicht vielleicht näher als oberflächlich sichtbar. Mehr noch: unabhängig vom politischen Schicksal der grünen Partei kündigt sich eine Rivalität mit der grünen Bewegung und ihrer neuen sozialen und wertbezogenen Basis um die Rolle der Vorhut des gesellschaftlichen Fortschritts an.

Die Wahlhochburgen der Grünen²

Nach Tabelle 1 sind es hohe Anteile von höheren Bildungsabschlüssen, Selbständigen, Beamten und Angestellten sowie von Beschäftigten im Dienstleistungssektor, die die Wahlerfolge der Grünen und Bunten begünstigen, während hohe Anteile von Arbeitern sowie generell von Beschäftigten im produzierenden Gewerbe bzw. in Handel und Verkehr den Anteil der Grünen und Bunten reduzieren. Bei Differenzierung dieses zwar eindeutigen, aber groben Bildes entdeckt man doch einige wichtige Unterschiede. Im Bildungsbereich stellt sich eine unterschiedliche Dominanz verschiedener Bildungsabschlüsse heraus, wobei die linken Grünen Listen stärker mit dem Anteil mittlerer Bildungsabschlüsse (Mittlere Reife, Abitur) zusammenhängen, während die Bildungsabhängigkeit der rechten Grünen eindeutig vom Fach- und Hochschulabschluß dominiert wird. Auch die Beziehung zu den Anteilen von Arbeitern ist bei rechten und linken Grünen naturgemäß unterschiedlich.

*Tabelle 1: Sozialstruktur und Stimmanteile der Grünen/Bunten (Korrelationskoeffizienten)**

	Hamburg		Darmstadt		Bielefeld
	BL	GLU	GLH	GAZ	BL
Abitur/Mittl. Reife	.42	.60	.33	.43	.54
Fachhochschulabschluß	.06	.79	.12	.35	.64
Hochschulabschluß	.41	.67	.07	.75	.50
Produz. Gewerbe	-.45	-.34	-.11	-.20	-.46
Handel, Verkehr	.09	-.28	-.10	-.34	-.06
Dienstleistungen	.59	.41	.26	.54	.39
Selbständige	.44	.55	.18	.37	- **
Beamte/Angestellte	.15	.33	.09	.39	-
Arbeiter	-.29	-.58	-.16	-.47	-

* Die Korrelationskoeffizienten geben die Stärke oder Schwäche des Zusammenhangs zweier Größen wieder, wobei der Zusammenhang um so stärker ist, je mehr der Wert an 1 liegt. Positive Vorzeichen zeigen einen direkten Zusammenhang an (je höher der Wert der einen, desto höher der Wert der anderen Variablen). Negative Vorzeichen sind Hinweis darauf, daß mit steigenden Werten der einen Variablen die Werte der anderen abnehmen.

** Für Bielefeld lagen diese Daten nicht vor.

Da aber wegen der relativen Einheitlichkeit vieler Wohngebiete diese Variablen stark miteinander verkettet sind, wurde zusätzlich (hier nicht im Detail wiedergegeben) statistisch untersucht, welche der Variablen (Angestellten- und Beamtenanteil,

² Vgl. vom Verf., Grüne Listen - Vorläufer oder Katalysatoren einer neuen Protestbewegung? in: Otthein Rammstedt (Hg.), Bürgerinitiativen in der Gesellschaft, Neckar-Verlag, Villingen 1980, S. 375—434, insbesondere Abschnitt 4.

Anteile höherer Bildungsabschlüsse oder Anteil der im Dienstleistungssektor Beschäftigten) am engsten mit den Anteilen der Grünen und Bunten zusammenhängt: In den meisten Fällen steht die Bildungsvariable an erster Stelle, gefolgt von der Dienstleistungsvariablen, während sich die Berufsstatusvariable durchweg als unwichtiger erweist. Das würde aber bedeuten, daß die geringen Erfolge der Grünen in Arbeiter-Wohngebieten nicht so sehr darauf zurückzuführen sind, daß sie ausdrücklich von Arbeitern nicht gewählt werden, sondern darauf, daß sie von Inhabern höherer Bildungsabschlüsse, deren Wahlabsicht generell stärker auf andere „abfährt“, in höherem Maße gewählt werden — und diese dort eben seltener sind. Dieser Befund, der sich durch demoskopische Ergebnisse noch erhärten läßt, weist bereits auf den deutlichen Einfluß des Milieus in einem Wohngebiet als wichtiger Ursache für grüne Wahlerfolge hin.

Nicht zuletzt wegen des gespannten Verhältnisses zwischen der Gewerkschaftsbewegung und den Grünen ist von besonderem Interesse, wie sich letztere bei dieser Landtagswahl im Ruhrgebiet mit seiner relativ homogenen Sozialstruktur sowie weitgehend einheitlichen Problemlagen schlagen würden. In der Tat unterschieden sich die ausgewählten 38 Ruhrgebiets-Wahlkreise in bezug auf die sozialstrukturellen Bedingungen der grünen Wahlerfolge deutlich vom nordrhein-westfälischen Durchschnitt - genauso wie die als Kontrast herangezogenen ländlichen Regionen. Es stellte sich heraus, daß die Anteile der Grünen dort höher waren, wo auch die Anteile von Schülern an weiterbildenden Schulen über dem Durchschnitt liegen ($r = .45$). Dagegen wirkt sich der Anteil der Industriebetriebsbeschäftigten, d. h. vor allem von Arbeitern, nicht aus $(.06)^3$.

Während im Ruhrgebiet die für die Grünen günstigen Milieus durch die als Aufstiegsfaktor interpretierbare Bildungsvariable ausgezeichnet sind, weniger hingegen durch einen Schichtfaktor, liegen die Verhältnisse in den stark ländlich geprägten 30 Wahlkreisen fast genau entgegengesetzt: hier ist der Anteil der Grünen um so größer, je weniger der betreffende Wahlkreis industrialisiert ist $(-.26)$, während der Anteil der Schüler an weiterführenden Schulen keinen Einfluß hat $(.01)$. Da auf der anderen Seite nachweisbar ist, daß in den ländlichen Gegenden das kleinstädtische Milieu, d. h. Hochburgen der FDP und in eingeschränktem Maße auch der SPD einen grünen Wahlerfolg begünstigen, darf man gegenläufige Einflüsse sowohl des bildungsbeflisseneren Angestelltenmilieus als auch der nicht industriellen Arbeiterschaft vermuten, die die Bildungsvariable neutralisieren. Plausibilität und Stellenwert solcher sich kreuzenden Einflüsse lassen sich in den vorliegenden Wahldaten nicht mehr schlüssig klären - weiterführen können hierbei zunächst Umfrageergeb-

³ Grundlage dieses Abschnitts sind Ergebnisse einer repräsentativen Umfragt* die Auskunft darüber geben, welche individuellen Merkmale die Anhänger der Grünen aufweisen, was - bei einer gewissen Fehlermöglichkeit - Rückschlüsse auf die einstellungsmäßige und sozialstrukturelle Zusammensetzung der gesamten Anhängerschaft der Grünen erlaubt. Zudem ist es im Unterschied zur Analyse von Wahlergebnissen möglich, auch den Kreis ihrer potentiellen Anhänger zu erfassen.

nisse, die unabhängig von Milieus die Neigung bestimmter Bevölkerungsgruppen zu den Grünen erweisen.

Individuelle Merkmale von Anhängern der Grünen

Das Verhältnis der wichtigsten demografischen Charakteristika zur Einstellung gegenüber Grünen Listen läßt sich Tabelle 2 entnehmen⁴. Deutlich sind drei Schwerpunkte für die Grünen Listen: Unter den jüngeren Befragten, unter den Befragten aus Selbständigen-Haushalten und unter denjenigen aus Haushalten mit höherer Schulbildung des „Haushaltvorstandes“. Demgegenüber sind andere Abweichungen vom Durchschnitt weniger gravierend: Wie zu erwarten, sind Gewerkschaftsmitglieder zwar häufiger Gegner und geringfügig seltener Anhänger Grüner Listen, jedoch macht offensichtlich Gewerkschaftsmitgliedschaft nicht immun gegen die grüne Bewegung (wobei in den Fragevorgaben allerdings nicht zwischen verschiedenen DGB-Gewerkschaften oder der DAG unterschieden wurde). Überraschend erscheint dagegen, daß die Anteile von Befragten aus Angestellten- und Arbeiterhaushalten unter den Anhängern kaum vom Durchschnitt abweichen, womit ein gewisser Widerspruch zu den Wahlergebnissen auftritt.

Bei diesen Daten ist zu bedenken, daß wegen zu geringer Fallzahl eine statistisch haltbare Bestimmung der Quote der sicheren Wähler in den einzelnen Berufsstatusgruppen nicht möglich ist, obwohl zu anderen Zeitpunkten abgehaltene Umfragen mit der gleichen Frageformulierung darauf hindeuten, daß Arbeiter etwas seltener eine feste grüne Wahlabsicht angeben als Angestellte. Da auf der anderen Seite Vergleiche zeigen, daß von 1978 bis März 1980 in der individuellen Demografie der Anhänger von grünen Parteien fast keine Änderung eingetreten ist, wird die Diskrepanz zwischen Milieus und individuellen Eigenschaften der Grünen zum untersuchenswerten Problem.

Das soziale Schwergewicht der grünen Bewegung

Der zu erklärende Milieu-Effekt besteht offensichtlich darin, daß in den Wohngebieten der neuen Mittelschicht mehr dort in der „Diaspora“ lebende Arbeiter „grün“ wählen als in typischen Arbeiterwohngebieten. Hierfür lassen sich verschiedene Gründe vermuten: zum einen kann es sein, daß die Berufsstatus-Kategorien allein nicht mehr ausreichen, um dem möglichen Sachverhalt Rechnung zu tragen, daß Arbeiter im öffentlichen Dienst oder im Bereich Handel und Verkehr sich in anderen Wohngebieten finden und anders zu den Grünen stehen als typische Industriearbeiter. Da Angaben zu den Wirtschaftsbereichen nicht erfragt wurden, ist dies mit den vorliegenden Daten nicht zu überprüfen.

⁴ In ihr sind die Antworten auf die Antwortvorgaben „lehne ich ab“, „sind mir egal“, „finde ich gut, würde ich aber nicht wählen“, „würde ich u. U. wählen“, „werde ich sicher wählen“ aufgeführt, wobei die letzte wegen zu geringer Fallzahl mit der vorletzten zur Sparte „Anhänger“ zusammengefaßt wurden.

Tabelle 2: Die Einstellung zu Grünen Listen in Abhängigkeit von sozialstrukturellen Merkmalen*

Von 100 Befragten der jeweiligen Sozial- struktur-Kategorie sind:	Gegner	Unent- schie- dene	Sym- pathi- santen	An- hänger	Anteil an Befragten insgesamt
<i>Geschlecht</i>					
weiblich	19,5	33,1	26,6	20,7	53,0
männlich	29,8	26,6	23,5	20,1	47,0
<i>Alter</i>					
– 24	17,0	25,5	22,4	35,2	16,8
25 – 34	25,1	25,1	28,9	20,8	19,0
35 – 44	27,2	26,7	24,1	22,0	19,8
45 – 54	22,1	37,2	28,3	12,4	14,7
55 – 64	30,6	31,3	19,7	18,4	14,9
65 –	24,0	37,7	27,4	10,9	14,8
<i>Berufl. Stellung des Haushaltvorstands</i>					
Selbständige	20,6	27,0	22,2	30,2	13,4
Angestellte	26,7	25,8	27,9	19,7	34,9
Beamte	24,2	33,7	26,3	15,8	10,1
Arbeiter	24,0	35,5	21,5	19,0	12,8
Facharbeiter	24,5	31,5	25,3	18,7	28,9
<i>Bildungsabschluß des Haushaltvorstands</i>					
Hauptsch. o. Lehre	26,1	35,8	19,4	18,8	16,8
Hauptsch. m. Lehre	23,3	32,6	25,4	18,7	57,2
Mittl. Reife	27,6	23,3	27,0	22,1	16,6
Abitur/Universität	22,6	16,1	31,2	30,1	9,6
<i>Konfession</i>					
evangelisch	24,2	32,1	26,3	17,4	50,4
katholisch	23,6	28,0	25,2	23,2	45,5
sonstige	22,5	27,5	20,0	30,0	4,1
<i>Gewerkschafts- mitgliedschaft</i>					
ja	33,5	29,3	18,6	18,6	17,3
nein	22,4	29,9	26,5	21,2	82,7
<i>Anteil an Befragten insg.</i>					
	24,6	29,8	25,0	20,6	100,0 N = 1007

* EMNID-Umfrage Oktober 1978.

Immerhin kann aber festgestellt werden, inwieweit die Größe des Wohnortes und die Gewerkschaftsmitgliedschaft von Einfluß ist: Von Befragten aus Arbeiterhaushalten in Orten unter 10 000 Einwohnern bezeichnen sich 23% als potentielle Wähler, unter ihnen 9% als sichere Wähler, gegenüber 18 bzw. 2% in Orten zwischen 10 000 und 100 000 Einwohnern und 17 bzw. 3% in Großstädten. In den Haushalten von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern fanden sich nur 13 % Anhänger der Grünen, in denen von nicht organisierten Arbeitern dagegen 21%. Dies bedeutet aber nicht nur, daß die Arbeiterstimmen für die Grünen im wesentlichen außerhalb des industriellen Sektors abgegeben werden, sondern auch, daß sie zumindest z.T. von in heterogener Umgebung lebenden, von der Arbeiterbewegung isolierten Arbeitern stammen und damit vielfach als Protestwahl-Phänomen im engeren Sinne anzusehen sind⁵.

Die gleichen strukturellen Bedingungen können aber auch als Indiz dafür genommen werden, daß in den Mittelschicht-Wohngebieten aufstiegsorientierte „neue“ Arbeiter - zu denen sich die wissenschaftliche Diskussion immer noch nicht schlüssig geworden ist, ob sie klassenbewußt reagieren oder sich an der Mittelschicht orientieren — sich den Grünen zuwenden. Umfragen zeigen seit längerem, daß sich bis zu einem Viertel der versicherungsrechtlich als Arbeiter Einstufenden auf Nachfrage sich nicht der Arbeiterschicht, sondern der Mittelschicht zurechnen. In diesem Sinne sind unter denjenigen Befragten, die als Angestellte oder Beamte aus einem Arbeiterhaushalt kommen, besonders viele Anhänger der Grünen (24%). Bei den Befragten, deren Bildungsabschluß höher liegt als der des „Haushaltvorstandes“, steigt dieser Anteil sogar auf 27%.

Neben solchen zunächst eher formalen Gesichtspunkten wie Inter-Generations-Mobilität oder Einflüssen unterschiedlicher Wirtschaftsbereiche, sollten natürlich auch inhaltliche, einstellungsbezogene Aspekte geprüft werden: Inwiefern beruht das gleiche Wahlverhalten bei Arbeitern sowie Angestellten und Beamten auf ähnlichen Strukturen politischer Prioritäten? Tabelle 3 zeigt, daß sich in bezug auf ausgewählte Probleme die Prioritäten der grünen Arbeiter an denen der Beamten und Angestellten allgemein und der Grünen im besonderen orientieren. Diese Daten stammen aus einer vom SPIEGEL in Auftrag gegebenen EMNID-Umfrage vom März 1980 über die Einstellungen der 18- bis 30jährigen zu den Grünen. Sie können somit zwar nicht ohne weiteres auf andere Altersgruppen übertragen werden, lassen jedoch in der zahlenmäßig besonders starken jüngeren Anhängerschaft der Grünen eine Angleichung zwischen den Schichten erkennen. Die in Tabelle 3 herangezogenen politischen Probleme führen insofern einen Schritt weiter, als sie ungefähr die Bereiche der sogenannten Alten und Neuen Politik widerspiegeln bzw. die wichtigsten Komponenten dessen, was als Gegensatz zwischen „Materialismus“ und „Postmaterialismus“ in den letzten 10 Jahren diskutiert wurde.⁶

⁵ Siehe Anmerkung 2, insbesondere Abschnitt 3.1

⁶ Ronald Inglehart, *The Silent Revolution*, Princeton 1977. Kai Hildebrandt/Russell J. Dalton, *Die neue Politik*, in: PVS, 18, 1977, S. 230-256.

Tabelle 3: Einstellungen zu ausgewählten politischen Problemen*

	Beamte und Angestellte		Arbeiter	
	davon „grüne“**	insgesamt	davon „grüne“**	insgesamt
Kampf gegen Arbeitslosigkeit	33,0	35,0	26,5	38,2
Kampf gegen Preissteigerung	25,8	34,7	32,7	43,9
Bessere Ausbildungs- u. Arbeitsplätze für die Jugend	33,0	33,0	30,6	25,4
Mehr Umweltschutz	48,5	22,3	32,7	19,7
Sicherung der Energieversorgung	30,9	41,4	32,7	37,7
Sicherung der Renten	9,3	9,4	4,1	18,4

* EMNID-Umfrage im Auftrag des SPIEGEL unter 1000 18-30-jährigen, März 1980; die Befragten hatten die beiden ihnen am wichtigsten Probleme zu nennen. Dem „SPIEGEL“ sei für die freundliche Überlassung der Daten gedankt.

** In dieser Spalte wurden die sicheren Wähler einer Grünen Partei (in der Altersgruppe insgesamt 8,3%) und die möglichen Wähler (13,3%) zusammengefaßt.

Der sich im Auftreten des „Postmaterialismus“ erweisende Wertwandel, gegen industrielles Effizienzdenken, materielles Besitzstreben und staatlich-autoritäres Sicherheitsdenken gerichtet, ist im wesentlichen ein Mittelschichtphänomen, das von Jüngeren und besser Ausgebildeten getragen wird. Seine Herkunft kann dabei auf die starke Zunahme des Dienstleistungssektors und der sozialbezogenen, betreuenden Tätigkeiten (vor allem im öffentlichen Dienst) zurückgeführt werden, zum Teil sicherlich auch auf eine, in der Mittelschicht besonders ausgeprägte, längere Phase relativen Wohlstands, die Raum und Zeit für das Bewußtwerden neuer, höherrangiger Bedürfnisse ließ⁷. In diesem Sinne zeichnet es die Anhänger der Grünen aus, die postmaterialistischen Ziele wie Umweltschutz oder Ausbildungschancen für wichtiger zu halten als die die materiellen Lebensverhältnisse unmittelbar betreffenden Ziele Preisstabilität oder Arbeitsplatzsicherheit.

Als gemeinsamer Nenner der demografischen, milieubezogenen und die politischen Prioritäten betreffenden Befunde schält sich heraus, daß es sich bei den Grünen um ein Mittelschicht-Phänomen mit deutlichen Bildungs-, Aufstiegs- und Dienstleistungssektor-Akzenten handelt, dem auch „Diaspora-Arbeiter“, d. h. tendenziell außerhalb der Industrie tätige, oft aus kleinstädtischem Milieu stammende, außerhalb der Gewerkschaftsbewegung stehende und vor allem jüngere Arbeiter folgen.

Auch bei der Untersuchung anderer Einstellungen gelangt man zu zwei Gruppen unter den Anhängern der Grünen, die ungefähr dieser sozialstrukturellen Differenzierung entsprechen:⁷

⁷ Vgl. vom Verf., Grüne und Bunte: Protest, Wertwandel oder Elitenkonkurrenz, unveröffentlichtes Manuskript.

- Die eine, überwiegend mit höheren Bildungsabschlüssen, die Vertrauen in ihre politischen Mitwirkungsmöglichkeiten hat und „altruistisch radikal“ in dem Sinne ist, daß ihr die Benachteiligung anderer mit der Folge einer „stellvertretenden Betroffenheit“ bewußt ist, aber weniger an aktuellen ökonomischen Problemen interessiert ist als etwa an Umweltschutz oder dem Ziel einer humaneren Gesellschaft.

- Eine andere Gruppe mit eher niedrigeren Bildungsabschlüssen, die weniger Mitwirkungsmöglichkeiten sieht und sich deutlich ökonomisch benachteiligt fühlt. Sie ist nicht so sehr an „utopischen“ Gesellschaftsvorstellungen, sondern eher an der Schaffung und Sicherung von direkten Partizipations-Möglichkeiten interessiert.

Konkurrenz gesellschaftlicher Veränderungstendenzen?

Da sich der Erfolg der Grünen weder allein auf einen kurzfristigen Protest gegen akutes politisches Versagen noch auf einseitige Umweltschutz-Orientierung reduzieren läßt, sondern dauerhaftere, auf einen Wert- und Sozialstruktur-Wandel zurückgehende Ursachen hat, stellt sich die Frage, welches gesellschaftsverändernde Ferment dadurch entstanden sein könnte und wie sich dies zum bisher dominierenden Motor gesellschaftlicher Veränderungen verhält, als den sich die Gewerkschaften zu Recht verstehen. Dazu muß ein kurzer Blick auf die allgemein in der Bevölkerung vorhandene Neigung zu Veränderung und Fortschritt geworfen werden.

Einmal abgesehen von den konkreten Inhalten findet sich als Hauptträger von gesellschaftlichen Veränderungswünschen die Mittelschicht. Auf die Frage, ob man „unsere Gesellschaft Schritt für Schritt durch Reformen verbessern“, oder „lediglich einige Mißstände gezielt beseitigen“, oder ob man „unsere bestehende Gesellschaft gegen alle umstürzlerischen Kräfte verteidigen“ müsse, weisen 1978 die Befragten aus Angestellten-Haushalten die größte Bereitschaft zu Reformen auf (43 %), Facharbeiter zusammen mit den Selbständigen die geringste (31%); Beamte und unbzw. angelernte Arbeiter liegen dazwischen. Eine vergleichbare Zäsur findet sich bezüglich des Bildungsabschlusses: Befragte mit Mittlerer Reife und darüber sind zu 50% für die Reformen, andere nur zu 33 %⁸. Nun ist dies aber kein unbedingt neues Phänomen: Der „konservative Arbeiter“ und die strukturelle Widersprüchlichkeit des Arbeiterbewußtseins, die sich eben vor allen darin äußert, daß allgemein Arbeiter die Gesellschaftsordnung für ungerechter halten als Angestellte, aber in geringerem Maße als diese meinen, daß sie geändert werden müsse, werden immer wieder diskutiert⁹. Auch daß ungelernete Arbeiter und Facharbeiter entgegengesetzte Tendenzen bei der Wahrnehmung von Deprivation und bei der Konfliktbereitschaft und dabei jeweils unterschiedlich Ähnlichkeiten mit Angestellten-Auffassungen zeigen, ist bekannt.

⁸ Die Daten entstammen einer Emnid-Umfrage vom September 1978.

⁹ Christian Bierbaum u. a., Trend zum Konservativen? Gewerkschaftliche Monatshefte. 27,1976, 431—436. Michael Schumann/Klaus Peter Wittemann, Tendenzwende im Arbeiterbewußtsein? Frankfurter Hefte 32, 1977, Heft 4. S. 69-74.

Diese Differenzierungen werden jedoch in dem Augenblick bedeutsamer, wenn sich aus der Entwicklung einer sozialen Bewegung im Mittelschicht-Bereich neue Impulse für soziale Veränderungen ergeben und sich der Blick auf Veränderungsmotive und Koalitionsmöglichkeiten richtet. Zum Teil dürfte der stärkere Veränderungswillen der Angestellten sicherlich mit unerfüllten Statusinteressen einer aufsteigenden Schicht zusammenhängen, aber gerade bei Inhabern höherer Bildungsabschlüsse auch mit einer verstärkten Neigung zur Interessenvertretung ohne Auftrag. Daß dabei eigene Interessen verallgemeinert werden, ist nur zu natürlich.

Genau damit dürfte zusammenhängen, daß eine Prüfung der in der Bevölkerung vorherrschenden politischen Einstellungsmuster ergibt, daß sie sich nicht mehr ohne weiteres auf einem Links-Rechts-Schema anordnen lassen: typische linke Einstellungen wie Bevorzugung der Beeinflussung der Wirtschaft oder der Sicherstellung der individuellen Versorgung durch den Staat polarisieren nicht mehr, statt dessen stehen dem nach wie vor vorhandenen „rechten“ Pol postmaterialistische Einstellungen gegenüber. Sie zeigen eine Bevorzugung individueller Emanzipation und Partizipation und signalisieren damit einen Abschied von der Vorstellung, daß die Emanzipation des Kollektivs auch die Emanzipation des einzelnen bedeute, wie sie der Arbeiterbewegung einst eigentümlich war. Diese bereits durch die Neue Linke der sechziger Jahre vorbereitete Veränderung legt den Akzent eher auf die Aufhebung von Entfremdung, weniger auf die von Ausbeutung und stärker auf Partizipation im Reproduktions-Bereich als im Produktions-Bereich. (Typisch für diese Entwicklung ist, daß es eine soziale Bewegung der Bürgerinitiativen gibt, aber heute keine vergleichbare Bewegung für die betriebliche oder überbetriebliche Mitbestimmung.)

Dies liegt z. T. auch daran, daß für die veränderungswillige Intelligenz die stellvertretende Verfolgung spezifischer, aktueller Interessen der Arbeiterschaft in dem Maße weniger attraktiv ist, in dem sie heute nach der Expansion des Angestellten- und Dienstleistungsbereichs sowie des Bildungsniveaus auf eine ständig wachsende, ihr viel näher stehende, Gefolgschaft rechnen kann, die natürlich ihrerseits auf die Dauer die Richtung des Veränderungsinteresses durch ihre Wertvorstellungen mitbestimmt. Für diese Gefolgschaft ist es weiterhin kennzeichnend, daß sie nicht mehr die für die Arbeiterschaft typische „Oben-Unten“-Perspektive teilt, sondern gesellschaftliche Konflikte eher in einem horizontalen Bild des „Dinnen-Draußen“ oder „Zentrum-Peripherie“ sieht. Wenn man das Entstehen der Grünen als Indikator für derartige gesellschaftliche Prozesse betrachtet, stellt sich natürlich die Frage, was die Grünen für Arbeiter dennoch relativ attraktiv sein läßt.

Zum einen — und das stellt sich erst bei genauerer Untersuchung heraus — gibt es auch eine spezifische Variante des Postmaterialismus, der insbesondere von Arbeitern geteilt wird. Darüber hinaus ist jedoch die zweite wichtige Tendenz des Wertwandels zu berücksichtigen, die — nicht recht glücklich — als „Hedonismus“ bezeich-

net wurde: ein Zurücktreten der durch Pflicht, Verzicht und routinisierte Leistung geprägten Lebensauffassung zugunsten von Lebensgenuß und Freizeit, aber auch Unzufriedenheit und verstärktes Anspruchsverhalten gegenüber Gesellschaft und Staat¹⁰.

Diese Tendenz verwirklicht sich vornehmlich unter Inhabern niedrigerer Bildungsabschlüsse im wesentlichen parallel zur Entwicklung der Konsumgesellschaft und der Ausweitung der Freizeit. Die damit verbundene häufige Verlagerung individueller Prioritäten vom Arbeitsbereich in den Freizeitbereich führt auch dazu, daß Lebensbefriedigung vornehmlich in der Freizeit gesucht wird und die Arbeit einen stärker instrumentalen Charakter erhält¹¹. Damit ist plausibel, warum sich die Quelle von Unzufriedenheit in der Gesellschaft so deutlich vom Produktions-Bereich in den Reproduktions-Bereich verlagert hat. Mehr noch: in Analogie zu der bekannt gewordenen These, daß Arbeitszufriedenheit sich weniger über materielle Verbesserungen erreichen läßt (diese reduzieren nur die Unzufriedenheit), sondern im wesentlichen durch Veränderungen der Arbeitsinhalte und des Klimas¹², läßt sich auch davon ausgehen, daß für viele Menschen (und durchaus nicht alle stehen im Arbeitsprozeß!) Verbesserungen im Produktions-Bereich allenfalls Unzufriedenheit reduzieren, eine Erfüllung ihrer Glückserwartungen, die Erreichung von Lebenszufriedenheit dagegen nur über Veränderungen im Reproduktions-Bereich möglicherweise erreicht werden kann. Diese Lücke füllen die Grünen.

Schlußbemerkung

Zusammengefaßt ergeben sich für die Gewerkschaftsbewegung aus der Konfrontation mit den Grünen zwei längerfristige Probleme:

—Zum einen bleibt ein wichtiges Veränderungspotential teils aus sozialstrukturellen Gründen außerhalb der Gewerkschaftsbewegung, teils aber auch aus dem Grunde, daß die vorrangige gewerkschaftliche Forderung nach Beschäftigungssicherung viele Grüne an ein keynesianisches Gräbenausheben und -zuschütten erinnert, weil vielfach die Vorstellungen eines qualitativen Wachstums (die insbesondere im sekundären Sektor den Status quo gefährden würden) gegenüber einer bloßen Expansion innerhalb der bestehenden Strukturen in den Hintergrund treten.

- Zum anderen ist nicht mehr davon auszugehen, daß die Gestaltung des Reproduktions-Bereichs primär von der Gestaltung des Produktions-Bereichs abhängt - daran hängt im übrigen auch die Integration von „hedonistischen“ Randgruppen in die Gewerkschaftsbewegung. Darüber hinaus bleibt die strategische Frage, ob nicht der Produktions-Bereich sicherer vom Reproduktions-Bereich aus veränderbar ist, wie es wendige Linke unter den Grünen bereits propagieren.

10 Peter Kmiecik, Wertstrukturen und Wertwandel in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1976.

11 Vgl. dazu Helga Grebing, Gewerkschaften in der Gesellschaft, Gewerkschaftliche Monatshefte 3, 1980, 149-157.

12 Frederick Herzberg, The Motivation to Work. New York 1959.

Diese Probleme werden wahrscheinlich auch in die Parteien hineingetragen, was mit einem Verlust an Einflußmöglichkeiten für die DGB-Gewerkschaften verbunden sein könnte —und zwar auch unabhängig von der weiteren organisatorischen und politischen Entwicklung der Grünen. In dem Maße, in dem sich in der neuen Mittelschicht neue Bewußtseinsstrukturen herausbilden, wird sich klären lassen, inwiefern sie Status- oder klassengebunden sind oder verallgemeinerbar die Strukturen des nur noch möglichen Fortschritts widerspiegeln. In gleichem Maße müßte sich eine selbstkritische Gewerkschaftsbewegung fragen, inwieweit sie sich zu bequem in den von der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vorgegebenen Denkstrukturen und dem berechtigten Nachholanspruch für ihre Mitglieder eingerichtet hat.